



KOO-PRESSEINFORMATION: G 20 hat mehr erreicht als erwartet, es fehlen aber signifikante und verbindliche Maßnahmen!

Wien, 06.04.2009 – Die KOO beurteilt die Ergebnisse des heute zu Ende gegangenen G20 Gipfels betont vorsichtig. Die KOO fordert weiterhin, die Interessen der Entwicklungsländer bei der Bewältigung der Finanzkrise stärker zu berücksichtigen.

Die Schlagzeilen lauten: *„Die Industriestaaten reagieren mit dem größten Konjunkturprogramm der Geschichte auf die Wirtschaftskrise: Auf ihrem Gipfel in London beschlossen die G20, den Finanzmärkten 1100 Milliarden Dollar zur Verfügung zu stellen. Hedgefonds werden streng reguliert, Steueroasen auf eine Schwarze Liste gesetzt!“*

Die G20 haben in London mehr erreicht als viele der G8 Treffen und ähnlicher Konferenzen bisher. Trotzdem müssen wir festhalten, dass keine signifikanten und verbindlichen Maßnahmen zur Reform der Wirtschaft in Richtung Nachhaltigkeit gesetzt wurden. Die Veränderungen in der globalen Wirtschaftsordnung sind sehr begrenzt.

Bemerkenswert ist die Summe die für Entwicklungsländer vorgesehen sind, aber sind die genannten Zahlen nicht ein Feigenblatt in Relation zu den Summen die die Entwicklungsländer wirklich bräuchten? Insbesondere, da sie durch die massiven Auswirkungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise den Rückgang ausländischer Investitionen, fehlende Rücküberweisungen von MigrantInnen und schrumpfenden Handel weit mehr als die Industrieländer unter der Krise leiden. Gleichzeitig werden den Entwicklungsländern etwa 1 Billion USD an Steuereinnahmen durch Steuerflucht und Verrechnungspraktiken internationaler Konzerne entzogen.

Die Beschlüsse der G20 zu den Steueroasen sind mehr als Vage. Es geht in die richtige Richtung, aber es fehlt an Details. Der G20 Gipfel hat demnach die Erwartungen einer ausreichenden Analyse der Ursachen und einer grundlegende Reform nicht erfüllen können. Wir werden die Umsetzung der Beschlüsse in den nächsten Wochen und Monaten genau beobachten (müssen) und ein aktives Follow up seitens der Zivilgesellschaft wird notwendig sein.

Details zum Finanzpaket

Hilfe für die Armen Länder und Mittel des IWF

Die Mittel des Internationalen Währungsfonds (IWF) und anderer internationaler Finanzorganisationen werden insgesamt um eine Billion Dollar erhöht. Das Geld soll vor allem armen Ländern zur Verfügung stehen, die besonders unter der Finanz- und Wirtschaftskrise leiden. Die IWF-Mittel für entsprechende Kredite werden sofort um 250 Milliarden Dollar aufgestockt, mittelfristig soll noch einmal Geld in dieser Höhe folgen. Die Mittel des IWF werden somit verdreifacht. Der Etat der Weltbank wird um 100 Milliarden Dollar aufgestockt.

Finance package breakdown

Amount	Channel	Source/details	New amount for low-income countries
\$250 billion	IMF Special Drawing Rights	Equivalent to printing money at international level.	\$19 billion.
\$500 billion	Contributions to the IMF for on-lending	\$250 billion now and the other \$250 billion at the end of the year. (\$100	\$25 billion over two years (proportion according to countries'

		billion of the first amount comes from Europe.)	IMF quota which may be changed at the Spring Meetings).
\$250 billion	Trade finance from export credit agencies, private companies and regional development banks	(\$50 billion of which through a new World Bank trade liquidity facility). Most money is probably re-pledged from existing ECA budgets, World Bank net income, etc.	Unclear. But little additional, and little to low-income countries.
\$100 billion	Multilateral Development Banks	Source unclear. Possibly to be raised on the bond market.	None. If bond issuance will be for IBRD countries only.
\$6 billion	IMF gold sales	To be agreed at the Spring meetings.	

Mit 50 Milliarden Dollar, die für die Ärmsten Länder vorgesehen sind, ist diese Summe höher als erwartet. Aber im Allgemeinen handelt es sich um Kredite, Garantien und nicht um Beihilfen (grants). Die Summen für 2009 sind nicht detailliert aufgelistet, obwohl das offizielle Gipfel communiqué von 2-3 Jahren spricht. Gemäß den Zahlen des IWF werden die Ärmsten Länder allein heuer einen Bedarf von 216 Milliarden Dollar haben.

Einige weitere Punkte:

- Bisherige Versprechen wie die Millenniumsentwicklungsziele und die ODA Ziele (0,7%) wurden wiederholt.
- Die UNO wird gebeten ein effektives Monitoring in Bezug auf die Auswirkungen der Krise auf die Ärmsten Länder einzurichten.

Steuerparadiese

Die G-20-Gruppe will Steueroasen austrocknen. Auf einer Schwarzen Liste sollen unkooperative Länder gebrandmarkt werden. Allein diese Ankündigung soll sie dazu bewegen, stärker mit anderen Staaten beim Eintreiben von Steuern zusammenzuarbeiten.

Bonuszahlungen für Manager

In Zukunft sollen die Bonuszahlungen für Manager gedeckelt werden. Denn die Bonuszahlungen belohnen bislang vor allem das kurzfristige Risiko und haben so zur Weltfinanzkrise beigetragen. Deshalb werden die Sonderzahlungen künftig stärker am langfristigen Erfolg einer Bank ausgerichtet. Die Aufsichtsbehörden übernehmen die Kontrolle.

Konjunkturpakete

Weitere nationale Konjunkturpakete sollen zunächst nicht geschnürt werden. Entgegen den Forderungen der USA haben sich Deutschland und Frankreich mit ihrer Position durchgesetzt, wonach die bereits beschlossenen Maßnahmen zunächst einmal ihre Wirkung entfalten sollen

Strengere Finanzmarktaufsicht

Um weitere Krisen zu vermeiden, sollen Märkte, Akteure und Produkte des Finanzmarktes besser kontrolliert werden. Dazu gehören hochspekulative Hedgefonds, die bislang kaum unkontrolliert wurden. Betroffen sind jedoch nur die wichtigsten Fonds: Sie müssen sich registrieren und den zuständigen Aufsichtsbehörden Informationen über ihre Geschäfte zukommen lassen. Auch Rating-Agenturen sollen besser beaufsichtigt werden. Sie hatten mit ihrer wohlwollenden Bewertung von wertlosen Papieren zu der Finanzkrise beigetragen.

Nachhaltiges Wirtschaften

Die Staaten verpflichten sich zur Nachhaltigkeit ihrer Finanz- und Geldpolitik. Wie Deutschland, das eine Schuldenbremse vereinbart hat, sollen alle Staaten sich das Ziel setzen, ihre Defizite auch schnell wieder abzubauen.

Die KOO fordert weiterhin und insbesondere, die Interessen der Entwicklungsländer bei der Bewältigung der Finanzkrise zu berücksichtigen durch:

- Finanzreformen, die an den Ursachen der Krise ansetzen
- Unterstützung des Kampfes gegen Steueroasen und Steuerflucht
- Einführung einer internationalen Finanztransaktionssteuer
- strukturelle Reformen in den internationalen Finanzinstitutionen, die Entwicklungsländern gleichberechtigte Mitsprache bei der zukünftigen Gestaltung in globalen Finanzfragen ermöglichen

The G20 communiqué is available at:

www.londonsummit.gov.uk/resources/en/PDF/final-communiqué

Rückfragen richten Sie bitte an: Heinz Hödl, und Mag.^a Hilde Wipfel, Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz Tel: 01/317 03 21 oder 0676 769 84 32; www.koo.at;